

A 3

Antrag an den 9. Landesparteitag Die Linke Niedersachsen am 11./12. März 2023 in Hannover

Antragsteller: Andreas Nolte, BO Süd-West, KV Hannover

Gemeinsam für eine gutes Leben in sozialer Sicherheit - Durchführung eines gewerkschafts- und sozialpolitischen Ratschlags

Die 9. Landeskonferenz möge beschliessen:

*Der neu gewählte Landesvorstand wird beauftragt, im ersten Kalenderhalbjahr 2023 unter dem Motto „Gemeinsam für eine gutes Leben in sozialer Sicherheit“ einen landesweiten gewerkschafts- und sozialpolitischen Ratschlag durchzuführen und dazu gewerkschaftspolitische Akteure von der landes- bis zur betrieblichen Ebene einzuladen. Alle Kreisvorstände und der Sprecher*innenkreis der LAG betrieb&gewerkschaft sind aufgefordert, den Landesvorstand dabei aktiv zu unterstützen und insbesondere ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Potentiale dafür zu aktivieren und zu mobilisieren. Für die Bekanntmachung und die politische Mobilisierung zur Teilnahme über die Partei hinaus wird auch der 1.Mai-Feiertag 2023 mit einem entsprechenden Material flächendeckend genutzt.*

Begründung:

Die Lebenssituation vieler Menschen und abhängig Beschäftigter in Niedersachsen wird durch die Verschlechterung der materiellen und sozialen Rahmenbedingungen schon seit Beginn der Corona-Pandemie 2020, der weiter rasant steigenden Verbraucherpreise schon seit Sommer 2021 und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine seit Februar 2022 verschärft. Ein Ende dieser Entwicklungen ist nicht in Sicht!

Zugleich findet in vielen Wirtschaftssektoren, in den bekannten produzierenden Kernsektoren Niedersachsens, aber auch in fast allen sog. Dienstleistungsbranchen ein beabsichtigter Wandel hin zu einer geradezu als ökologisches Wundermittel gefeierten sog. „Elektromobilität“ statt. Die unterschiedlichen Konsequenzen für die Beschäftigten zeichnen sich in Form von Betriebsschließungen einerseits und dem Aufbau z.B. von Batteriezellenproduktion mit zunehmender Geschwindigkeit ab. Und: Einerseits angeblicher Fachkräftemangel in der Industrie und gleichzeitig drohende Massenentlassungen durch die Auflösung von Produktionen im Land statt z.B. verstärkter betrieblicher und öffentlicher Weiterbildungsprogramme. In den Dienstleistungssektoren steigt der Leistungsdruck auch mangels nicht durchsetzbarer Leistungsstandards, zum Teil schon unbegrenzt und ohne betriebliche Mitbestimmung oder tariflich vereinbarter Leistungs- und/oder Personalbemessung. Dies führt aktuell und auf Dauer zu Gesundheitsschäden der betroffenen Beschäftigten, genauso wie die Unsicherheit um den Arbeitsplatz.

Ziel der Konzerne und Eigentümer in allen Branchen bleibt weiterhin die Profitmaximierung, ohne Rücksicht auf menschliche Verluste.

Gleichzeitig versuchen die Gewerkschaften mit ihrer tendenziell geringer werdenden Organisationskraft bzw. z.T. sehr unterschiedlichen Handlungsfähigkeit angemessene Tarifabschlüsse durchzusetzen und den strukturellen Wandel betrieblich, unternehmensbezogen in allen Branchen und Sektoren entweder mitzugestalten oder die Arbeits- und Lebensbedingungen mit Gegenmacht und organisierter Selbstermächtigung mindestens zu erhalten oder sogar zu verbessern.

Bei dieser Entwicklung besteht nicht nur die Gefahr sozialer Benachteiligung: diese ist schon längst Realität in unserem Land und droht weiter zuzunehmen, wenn dem nicht in Bündnissen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden vereint entgegen getreten wird.

Dies alles erfordert unser verstärktes Engagement als Partei und wieder ein deutlich erkennbares Alleinstellungsmerkmal auf der Seite der abhängig Beschäftigten, der Arbeiter*innenklasse. Der Vorschlag dieses Ratschlags soll dazu dienen. Zugleich können wir mit einem zeitlichen und personellen Neubeginn durch diesen 9. Parteitag unser Profil als Bündnispartnerin der DGB-Gewerkschaften und Sozialverbände stärken und weiter entwickeln.